

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Juni 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andres, Gerd (SPD)	43, 44	Kuhlwein, Eckart (SPD)	46, 47
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	10, 33	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	5, 71
Börnsen, Arne (Ritterhude) (SPD)	37, 38	Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	16, 42
Bredenhorn, Günther (F.D.P.)	29, 30	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	74, 75
Dr. Diederich, Nils (Berlin) (SPD)	61, 62	Mascher, Ulrike (SPD)	12, 13
Erlar, Gernot (SPD)	76, 77	Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard (CDU/CSU)	54
Friedhoff, Paul K. (F.D.P.)	23, 24	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	36, 60
Gansel, Norbert (SPD)	14, 15	Dr. Otto, Helga (SPD)	17, 18
Grünbeck, Josef (F.D.P.)	27, 28	Peters, Lisa (F.D.P.)	2, 31
Grüner, Martin (F.D.P.)	25, 26	Dr. Pick, Eckhart (SPD)	50, 51
Harries, Klaus (CDU/CSU)	3, 4	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	67, 68
Dr. Hoth, Sigrid (F.D.P.)	48, 70	Schmidt, Renate (Nürnberg) (SPD)	49
Jäger, Claus (CDU/CSU)	6	Schmidt, Wilhelm (Salzgitter) (SPD)	52, 53
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	63, 64	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	65, 66
Kirschner, Klaus (SPD)	55, 56	Schwanitz, Rolf (SPD)	34, 35
Klemmer, Siegrun (SPD)	40, 41	Dr. Sperling, Dietrich (SPD)	58, 59
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	21, 22	Stiegler, Ludwig (SPD)	9, 32
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	45, 72	Türk, Jürgen (F.D.P.)	19, 20
Kubatschka, Horst (SPD)	1, 69	Wallow, Hans (SPD)	7, 8
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	39, 73	Zierer, Benno (CDU/CSU)	11, 57

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Förderung der von Bauern selbst initiierten und finanzierten Verarbeitungsstätten nachwachsender Rohstoffe, nachdem es die EG zuläßt, daß auf stillgelegten Flächen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

2. Abgeordnete
**Lisa
Peters**
(F.D.P.)
- Inwieweit scheitern Investitionen, die in den neuen Bundesländern getätigt werden, an den Baugenehmigungsbehörden, und wie kann hier seitens der Bundesregierung Abhilfe geschaffen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es aus Gründen einer weltweiten Energieversorgung zu bedauern ist, daß der Hochtemperaturreaktor 300 in Hamm-Uentrop nicht weiterentwickelt, sondern stillgelegt wird, und hält es die Bundesregierung für notwendig oder zumindest für nützlich, wenn das vorhandene Know-how aus dem erfolgreichen Betrieb des THTR 300 in Hamm durch eine Dokumentation für die Zukunft festgehalten wird?
4. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Würde die Bundesregierung eine solche Dokumentation gegenüber dem Land NRW und den EVU (Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen) anregen und eine finanzielle Unterstützung anbieten können?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Treffen Pressemitteilungen zu, wonach der Bundeskanzler 300 Journalisten zu einer Zugfahrt mit Weinprobe und „Schmausen nach Großmutter's Art“ nach St. Martin in der Pfalz einlädt, und wer trägt die Kosten dieses Unternehmens?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß sich Gruppen der Organisierten Kriminalität bereits Einfluß auf deutsche Großunternehmen, z. B. im Werften-Bereich, verschafft haben oder zu verschaffen versuchen, und was unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um solche Bestrebungen zu unterbinden?
7. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Für wie viele in den einstweiligen Ruhestand versetzte politische Beamte sind seit dem 1. November 1982 welche Gehälter gezahlt worden?
8. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen, wie der Experte für Organisierte Kriminalität, Holger Bernsee, vom Bund Deutscher Kriminalbeamter, nach dessen Aussage dem italienischen Geheimdienst Erkenntnisse vorliegen sollen, daß die Mafia in Ostdeutschland in den letzten zwei Jahren ca. 72 Mrd. DM besonders im Immobiliensektor investiert habe, um so das durch Verbrechen erworbene Geld vor der Steuer reinwaschen zu können?
9. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Kreditkartenkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. à la CARD Journal, Juni 1992), und was wird national wie international unternommen, um diese Kriminalität zu bekämpfen?
10. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Erlaubt der Artikel 79 Abs. 3 GG in Verbindung mit Artikel 20 die Einführung eines Ausländerwahlrechtes gemäß dem Maastrichter Vertrag, da mit Artikel 20 bestimmt wird: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

11. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, im Zuge einer Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Werbung in den Tele-Medien wieder mehr an sachlicher Verbraucheraufklärung zu orientieren und damit die zunehmenden Elemente in der Darstellung zu unterbinden, die geeignet sind, religiöse und ästhetische Gefühle zu verletzen oder junge Menschen, besonders Minderjährige, zu sozialem Fehlverhalten und sinnlosem Konsum zu verführen?
12. Abgeordnete
Ulrike Mascher
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Mieter vor einer neuen Welle von Umwandlungsspekulationen zu schützen, die durch die am 30. Juni 1992 anstehende Entscheidung des gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes droht, bzw. ist die Bundesregierung bereit, in dieser Sache die Hamburger Bundesratsinitiative vom Herbst 1991 zu unterstützen?
13. Abgeordnete
Ulrike Mascher
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung der Ankündigung der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulationen die gesetzliche Festlegung der Voraussetzungen für eine Abgeschlossenheitsbescheinigung den Ländern zu übertragen, keine Taten folgen lassen?
14. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wie war der jetzige Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, in seinen bisherigen Funktionen mit den Giftgasprogrammen in Libyen und im Irak befaßt, und wann ist er erstmalig über Verdachtsmomente der Beteiligung Deutscher und deutscher Unternehmen an den Giftgasprogrammen in diesen Ländern informiert worden?
15. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Verfahren vor dem Darmstädter Landgericht wegen des Verdachts der Lieferung von Giftgasanlagen in den Irak um eine Woche ausgesetzt worden ist, weil das Bundesministerium der Justiz die VN-Berichte über die Beteiligung deutscher Firmen an dem irakischen Giftgasprogramm so zögernd weitergeleitet hat, daß das Gericht darin eine „offensichtliche politische Einflußnahme“ sieht, und ist die Bundesregierung bereit, im Verlauf dieser Woche dem Gericht alle Beweismittel für das Verfahren zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Dieter Maaß (Herne)
(SPD) | Welche Aufgaben sollen die Management-KG im Auftrag der Treuhandanstalt übernehmen? |
| 17. Abgeordnete
Dr. Helga Otto
(SPD) | Welche Unternehmenskonzepte verfolgt die Treuhandanstalt bei den einzelnen Betrieben der Deutschen Waggonbau-Aktiengesellschaft (DWA) und für das Unternehmen insgesamt? |
| 18. Abgeordnete
Dr. Helga Otto
(SPD) | Welche Alternativen für die Privatisierung der DWA liegen der Treuhandanstalt zur Zeit vor? |
| 19. Abgeordneter
Jürgen Türk
(F.D.P.) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Liegenschaften aus Staatsbesitz, insbesondere auch Liegenschaften bisher militärischer Nutzungen, schneller als bislang zu veräußern und insbesondere private Interessenten in Verbindung mit einer Bebauungspflicht zu bedienen? |
| 20. Abgeordneter
Jürgen Türk
(F.D.P.) | Sind der Bundesregierung exakte Zahlen bekannt, wo ungeklärte Eigentumsfragen tatsächlich verantwortlich dafür sind, daß es nicht zu einer rechtzeitigen Privatisierung gekommen ist? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.) | Wie ist die Größenklassenverteilung aller von der Treuhandanstalt betreuten Unternehmen, d. h. wie viele haben unter 20, unter 50, unter 500 Beschäftigte? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.) | Wie hoch sind die der Treuhandanstalt durchschnittlich entstandenen Kosten pro privatisierten Arbeitsplatz, und wie hoch werden im Jahre 1992 voraussichtlich die in den Treuhandunternehmen zu tätigen Aufwendungen pro Beschäftigten sein? |
| 23. Abgeordneter
Paul K. Friedhoff
(F.D.P.) | Welche Kontrollmechanismen bestehen bei der Treuhandanstalt, um der Gefahr von Interessenkollisionen und Eigengeschäften zu begegnen? |

24. Abgeordneter
Paul K. Friedhoff
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein strengeres Controlling über die gesamte Aktivität der Treuhandanstalt einzuführen, insbesondere was den Ablauf der Verhandlungen bei Privatisierung und Sanierung und die Überwachung der Vertragsergebnisse betrifft?
25. Abgeordneter
Martin Grüner
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine Überprüfung der Treuhandanstalt durch außenstehende sachverständige Beratungsunternehmen mit internationaler Erfahrung notwendig ist, um die Effizienz der Organisation und der Entscheidungsabläufe in den Organisations der Treuhandanstalt zu überprüfen und Vorschläge für Verbesserungen zu machen?
26. Abgeordneter
Martin Grüner
(F.D.P.)
- Wie lange wird nach Meinung der Bundesregierung die Treuhandanstalt noch bestehen müssen, und gibt es zeitliche Zielvorstellungen für die Auflösung der Treuhandanstalt?
27. Abgeordneter
Josef Grünbeck
(F.D.P.)
- Wie lange dauert ein durchschnittliches Privatisierungsverfahren der Treuhandanstalt, und wie erfolgt die Kontrolle über den zeitlichen Ablauf?
28. Abgeordneter
Josef Grünbeck
(F.D.P.)
- In wie vielen Fällen sind interessierte Investoren wieder abgesprungen, und aus welchen Gründen?
29. Abgeordneter
Günther Bredehorn
(F.D.P.)
- Wie bewertet die Bundesregierung Klagen aus der Wirtschaft bzw. auch aus dem Kreis der Beschäftigten der Treuhandanstalt, daß klare Anweisungen für die Sanierung und Privatisierung von Betrieben insbesondere hinsichtlich der Bewertung der Unternehmen fehlen, und welche Abhilfe ist hier möglich?
30. Abgeordneter
Günther Bredehorn
(F.D.P.)
- Inwieweit berücksichtigt die Treuhandanstalt bei ihren Privatisierungsverhandlungen die Tatsache, daß durch Verzögerungen von möglichen Übernahmen der Substanzwert der Unternehmen und damit auch der Ertragswert gemindert wird?
31. Abgeordnete
Lisa Peters
(F.D.P.)
- Wie können Wohnungsbestände, die noch in der Verwaltung der Treuhandanstalt sind, einer möglichst schnellen Privatisierung zugeführt werden?

32. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- In welchen Fällen sollen die Finanzbehörden nach Auffassung der Bundesregierung Steuern vom Einkommen nur vorläufig festsetzen, und warum hat der Bundesminister der Finanzen bisher die bayerische Entscheidung, in 14 Fallgestaltungen die Einkommensteuer nur vorläufig bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts festzusetzen, nicht für das ganze Bundesgebiet übernommen?
33. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen auf das Kriterium Gesamtverschuldung im Zusammenhang mit einer möglichen europäischen Währung sowie auf das Verhalten von Partnerländern haben die – nach Meinung der Bundesregierung – international üblichen Abgrenzungskriterien, nach denen Schuldenverpflichtungen z. B. der Treuhandanstalt, der Wohnungswirtschaft sowie von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost dem privaten Unternehmenssektor zuzurechnen sind?
34. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Wie viele Anträge mit welchen Volumina sind zu den in der Broschüre „Finanzierungshilfen der Bundesregierung 1992“, (Hrsg.: BMF) aufgeführten Programmen – aufgeschlüsselt nach Bundesministerien und einzelnen Programmen – in den Jahren 1991 und 1992 gestellt worden?
35. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Wie war die Mittelausschöpfung im Jahre 1991 bzw. ist sie im Jahre 1992?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter
Christian Müller (Zittau)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die GUS zu unterstützen, um deren großen Ersatz- und Neubedarf an rollendem Material für den Schienentransport in den kommenden zehn Jahren zu befriedigen?
37. Abgeordneter
Arne Börnsen (Ritterhude)
(SPD)
- Anerkennt die Bundesregierung aus industrie- und verkehrspolitischen Gründen die Notwendigkeit des Erhalts der Waggonbaukapazitäten in Ostdeutschland?

38. Abgeordneter
**Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)**
- Hält die Bundesregierung eine Sanierung und Modernisierung der Waggonbauindustrie in Ostdeutschland für erforderlich, um eine Privatisierung erfolgreich durchführen zu können?
39. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler
(SPD)**
- Trifft es zu, daß die Lieferung von deutschem Minensuchgerät zur Unterstützung der Räumung der Tausenden von Minen im kurdischen Nordirak verboten ist?
40. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im Ausschuß für Wirtschaft angeregte und schließlich verabschiedete Entschließung, nicht sanierungsnotwendige Flächen und Liegenschaften im Besitz der WISMUT kostenlos den Gemeinden zurückzuübertragen, bisher noch ohne Folgen blieb und immer noch zahlreiche Streitfälle offenstehen, und wann gedenkt die Bundesregierung endlich die ausstehende Umsetzung der genannten Entschließung zu veranlassen?
41. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer
(SPD)**
- Ist die Bundesregierung nach wie vor bereit, die von der WISMUT rekultivierten Flächen nach beendeter Sanierung den Gemeinden rückübertragen zu lassen, und wie stellt sich die Bundesregierung die Finanzierung derjenigen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der WISMUT entstandenen ökologischen Schäden vor, die Gelände und Liegenschaften betreffen, welche sich bereits im Besitz der Gemeinden befinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

42. Abgeordneter
**Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)**
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit die Erziehungszeiten den Müttern, die ihre Kinder wegen der Verfolgung durch den Nazi-Terror im Ausland zur Welt bringen mußten, anerkannt werden?
43. Abgeordneter
**Gerd
Andres
(SPD)**
- Wie hoch ist die Gesamtzahl ausländischer Arbeitnehmer, die in Werkarbeitsvertragsverhältnissen aufgrund bilateraler Verträge in 1992 in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden können, aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern und Wirtschaftssektoren?

44. Abgeordneter
**Gerd
Andres**
(SPD)
- Welche Kontroll- und Regulierungsinstrumente bestehen, um die Zahl, die Beschäftigungsdauer, die Einhaltung bestimmter Beschäftigungsstandards von ausländischen Werkarbeitnehmern wirkungsvoll zu steuern, und welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat ihr verstärkter Einsatz?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Warum erlauben die gegenwärtigen Bestimmungen der Bundeswehr keine randlosen Brillen oder Brillen mit Kunststoffgläsern bzw. Metallfassung?
46. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die türkischen Besatzungstruppen in den von der Türkei besetzten Gebieten der Republik Zypern u. a. auch Waffen und Ausrüstung deutschen Ursprungs stationiert haben, und handelt es sich gegebenenfalls auch um Material, das von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO-Militärhilfe an die Türkei geliefert worden ist?
47. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft sicherzustellen, daß Waffen und Ausrüstung deutschen Ursprungs bzw. im Rahmen der NATO-Militärhilfe geliefertes Material nicht bei Aktionen eingesetzt werden, die – wie die anhaltende Besetzung des nördlichen Zypern durch die Türkei – dem Völkerrecht widersprechen?
48. Abgeordnete
**Dr. Sigrid
Hoth**
(F.D.P.)
- Welche Motive gibt es, bei wesentlicher Verringerung der Truppenstärke eine deutliche Erweiterung der Übungsflächen ausschließlich in den neuen Bundesländern vorzunehmen?
49. Abgeordnete
**Renate
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Von wem wurden in der Woche vom 18. bis 22. Mai 1992 militärische Tiefflüge über München veranlaßt, und wer trägt hierfür die Verantwortung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie
und Senioren**

50. Abgeordneter
**Dr. Eckhart
Pick**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung eine Organisation namens „American Association for Lost Children“ in Houston, Texas, bekannt, die angeblich im Auftrag von in den USA lebenden Müttern und Vätern deren in der Bundesrepublik Deutschland lebende Kinder in die USA entführt?
51. Abgeordneter
**Dr. Eckhart
Pick**
(SPD)
- Wenn ja, wie viele Entführungsfälle dieser Organisation sind der Bundesregierung bekannt?
52. Abgeordneter
**Wilhelm
Schmidt
(Salzgitter)**
(SPD)
- Gibt es in anderen Ländern ähnliche Organisationen wie die in den USA agierende „American Association for Lost Children“, die für dort lebende Elternteile Kindesentführungen planen und ausführen?
53. Abgeordneter
**Wilhelm
Schmidt
(Salzgitter)**
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung für die Rückführung ins Ausland entführter Kinder, und wie gedenkt sie solche Fälle künftig zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

54. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Meyer zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf vorlegen, der aufgrund des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und der europäischen Bestimmungen zu einer Verlängerung der Diätassistentenausbildung führt?
55. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung die notwendige Transparenz bei Zahnersatz und Kieferorthopädie hergestellt werden, wenn – wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Fragen 28 und 29, Drucksache 12/2797, feststellt – nur in einigen Kassenzahnärztlichen Vereinigungen Statistiken über Zahnersatz und Kieferorthopädie erstellt werden, jedoch keine Daten über Direktabrechnungsfälle erhoben werden und somit das veröffentlichte Datenmaterial unvollständig ist und nur durch eine statistische Hochrechnung Aussagekraft erhält?

56. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es dem Willen des SGB V entspricht, wenn nur in einigen Landesbereichen Vereinbarungen zwischen den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZV) und den Krankenkassen über die Abwicklung von Kostenerstattungsverfahren vorliegen, während in allen anderen Landesbereichen die KZV Rechnungsprüfungen grundsätzlich ablehnen (siehe vorgenannte Antwort der Bundesregierung auf meine Frage), und um welche Landesbereiche handelt es sich jeweils?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

57. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Kennzeichnungspflicht für Radfahrer einzuführen, um der überhand nehmenden Gefährdung von Fußgängern durch Regelverstöße radfahrender Verkehrsteilnehmer sowie sich verbreitendes Rowdytum wirksam einzuschränken?

58. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Zahlen über die Bedarfsschätzungen/Einkaufsplanungen insbesondere für rollendes Material der Deutsche Bundesbahn für die kommenden Jahre vor?

59. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)

Hält die Bundesregierung die zur Bedarfsdeckung in den kommenden Jahren vorhandenen Produktionskapazitäten vor allem für rollendes Material in den alten Bundesländern für ausreichend?

60. Abgeordneter
**Christian
Müller
(Zittau)**
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Bedarfszahlen für den Ersatz- und Neubedarf an schienengebundenen Personenfahrzeugen für den öffentlichen Personennahverkehr in den neuen Bundesländern für die nächsten zehn Jahre vor?

61. Abgeordneter
**Dr. Nils
Diederich
(Berlin)**
(SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Bedarf an Güter- und Personenwagen in Westeuropa für die kommenden zehn Jahre?

- | | |
|--|--|
| 62. Abgeordneter
Dr. Nils
Diederich
(Berlin)
(SPD) | In welchem Verhältnis steht dieser Bedarf zu den vorhandenen Produktionskapazitäten in den einzelnen EG-Staaten? |
| 63. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer
Jork
(CDU/CSU) | Welche Zukunftschancen räumt die Bundesregierung angesichts des bestehenden Konkurrenzdruckes der Werften und Häfen dem Hafen Mukran, besonders im Zusammenhang mit Transporten in die baltischen Staaten, ein? |
| 64. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer
Jork
(CDU/CSU) | Welche Chancen und Marktanteile werden im Rahmen der deutschen Seeschifffahrt den ost-deutschen Reedereien und/oder deren Nachfolgeeinrichtungen eingeräumt? |
| 65. Abgeordneter
Michael
von Schmude
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, das nach dem bisherigen Beratungsstand nicht als vordringlicher Bedarf anerkannte Projekt Umgehungsstraße Ratzeburg bezüglich der Bewertung noch einmal einer Nachprüfung zu unterziehen? |
| 66. Abgeordneter
Michael
von Schmude
(CDU/CSU) | Würde die Bundesregierung einem Wunsch der Landesregierung Schleswig-Holstein folgen, das Projekt Umgehungsstraße Ratzeburg im Austausch gegen eine andere Straßenbaumaßnahme in Schleswig-Holstein in den Bundesverkehrswegeplan als vordringlichen Bedarf aufzunehmen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 67. Abgeordneter
Dr. Peter
Ramsauer
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine Umsetzung des Entwurfs einer EG-„Verordnung über den Besitz von und den Handel mit Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten“ (Verordnungsentwurf KOM [91] 448 endg. Syn 370 vom 6. Dezember 1991) das Tragen von traditionellen, vor allem bayerischen Schmuckstücken wie z. B. Gamsbart, Adlerflaum oder Grandschmuck untersagt sowie gegebenenfalls als Ordnungswidrigkeit geahndet oder zumindest erheblich erschwert wird? |
|---|--|

68. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Akzeptiert die Bundesregierung, daß in diesem Fall ein Stück gewachsener bayerischer Tradition, Identität und Kultur dem europäischen Zentralismus geopfert wird?
69. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zustimmen, den Betrieb von Atomanlagen fortzusetzen, wenn „durch geeignete betriebliche Überwachungsmaßnahmen gewährleistet ist, daß Schädigungen in sicherheitstechnisch zulässigen Grenzen gehalten werden“, obwohl dadurch die Sicherheitsregeln außer Kraft gesetzt und bei einem Versagen einer Komponente eine Kernschmelze nicht ausgeschlossen werden kann?
70. Abgeordnete
Dr. Sigrid Hoth
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß erste Anzeichen von Schäden der Deckschicht – die vermutlich auf militärische Nutzung zurückzuführen sind – über dem in der Colbitz-Letzlinger Heide gelegenen größten unterirdischen Trinkwasserreservoir Deutschlands registriert wurden, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

71. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Inwieweit entspricht die Personalreserve des Auswärtigen Dienstes in ihrem Umfang dem gesetzlichen Auftrag (§ 6 GAD), und wie ist die Personalreserve tatsächlich eingesetzt?
72. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Sind der Bundesregierung durch die deutsche Botschaft in Bangkok Erkenntnisse bekannt, daß im Zentralgefängnis von Bangkok während der Demonstrationen gegen die thailändische Regierung über tausend Demonstranten inhaftiert wurden und es dabei zu menschenunwürdigen Schikanen gekommen ist, und sind der Bundesregierung Erkenntnisse bekannt, nach denen bei den Demonstrationen in Thailand und dem Massaker durch das Militär deutsche Staatsangehörige Schaden erlitten haben?

73. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß es in Georgien auch unter dem jetzigen Präsidenten Schewardnadse politische Gefangene gibt, und daß Menschenrechtsverletzungen erfolgen?
74. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Türkische Botschaft in Bonn von der Bundesrepublik Deutschland Aufklärung darüber begehrt, mit welchem Recht das Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte kürzlich drei kleine Goldobjekte aus Troja erworben hat, die vielleicht zum sog. „Schatz des Priamos“ gehörten, der seit Kriegsende 1945 von diesem Museum vermißt wird?
75. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung auf diese Annahme reagieren angesichts der Tatsache, daß sich der Schatz des Priamos seit mehr als 120 Jahren in deutschem Eigentum befindet und die türkische Regierung in einem am 15. April 1875 mit Heinrich Schliemann abgeschlossenen Vergleich gegen Zahlung von 50000 Goldfranken auf Ansprüche auf die von Schliemann in Troja ausgegrabenen Funde verzichtet hat?
76. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Wie ist die Aussage des deutschen Botschafters in Ankara gegenüber der Zeitung MILLIYET zu verstehen, daß die Bundesregierung die Türkei in ihrem Kampf gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK) unterstützt?
77. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Wie ist in der türkischen Öffentlichkeit der Brief des türkischen Außenministers Hikmet Cetin interpretiert worden, in dem er der deutschen Regierung versichert, daß aus der Bundesrepublik Deutschland gelieferte Waffen nur zur Landesverteidigung eingesetzt werden, gleichzeitig aber auch auf eine Erklärung des NATO-Gipfels von Rom hinweist, die sich auf die Möglichkeit von Bedrohungen der Sicherheit durch terroristische Akte bezieht?

Bonn, den 19. Juni 1992

